

# Der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland

Dokumentation: Dr. Matthias Heyl\*

## Einleitung

---

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine überaus vielfältige Kultur des Gedenkens an die Opfer des Holocaust entwickelt. Die gesellschaftlichen Debatten um angemessene Formen des Umgangs mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Mordes an den europäischen Juden haben dabei mit dem wachsenden zeitlichen Abstand zum historischen Anlass kaum an Intensität verloren. Im Gegenteil, die gesellschaftliche Präsenz des Themas und der Grad, in dem die Diskussionen den Rahmen allein wissenschaftlicher Diskurse sprengen, belegen eindrucksvoll, dass die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte keinesfalls auf die Überlebenden, die Fachwissenschaften und die Medien beschränkt ist.

Der heutige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, formulierte 1997 in einem Interview mit der »Shoah-Foundation«:

»Wir hatten ja die Befürchtung, dass mit dem 50. Jahrestag plötzlich ein Schlussstrich gezogen wird. Dass man sagt: So, das war's, jetzt nicht mehr. Und ich glaube, das Gegenteil ist eingetreten. Dass gerade durch diese unzähligen Veranstaltungen, Berichte, und in einer sehr dezidierten Art und Weise doch vieles dazu beigetragen wurde, um gerade jungen Menschen vor Augen zu führen: Ihr seid zwar nicht verantwortlich für das, was passiert ist, Ihr seid aber verantwortlich für Eure Zukunft. Und Ihr könnt die Zukunft nur gestalten, wenn Ihr die Vergangenheit kennt. Auf einen Nenner gebracht, und ich glaube, dass das ein Großteil der, gerade der jugendlichen Bevölkerung, auch so akzeptiert und auch so gesehen wird.«<sup>1</sup>

Am 3. Januar 1996 erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den **27. Januar**, der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, zum »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus«. Herzog führte aus:

»[...] den einzelnen Menschen kann man gegen diese Dinge nicht nur mit Rechtsnormen immunisieren. Dazu bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, gerade bei denen, die das große Verbrechen nicht mehr selbst erlebt haben und denen auch nicht mehr durch Zeitzeugen Erlebtes vermittelt werden kann.

Das war der Grund dafür, dass ich vor zwei Wochen den 27. Januar, am Tag der Befreiung von Auschwitz, mit Zustimmung aller Fraktionen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt habe. Ich weiß, dass die menschliche Sprache nicht ausreicht, in einer kurzen Formel das zum Ausdruck zu bringen, was damit wirklich gemeint ist. »Opfer des Holocaust« wäre ein zu enger Begriff gewesen, weil die nationalsozialistische Rassenpolitik mehr Menschen betroffen hat als die Juden. »Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik«, »Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns« oder ähnliche Ausdrücke wären andererseits nicht stark genug gewesen, das Entsetzen dieses Teils unserer Geschichte annähernd wiederzugeben. So habe ich es bei der in unseren Sprachgebrauch eingegangenen Formulierung »Opfer des Nationalsozialismus« belassen, wohl wissend,

---

\* Leiter der *Forschungs- und Arbeitsstelle (FAS) »Erziehung nach/über Auschwitz«*, Postfach 52 20 08, 22598 Hamburg [[www.fasena.de](http://www.fasena.de)]. Die kursiv gesetzten Worte im Text stammen aus den Berichten der Länder an die Ständige Konferenz der Kultusminister.

<sup>1</sup> Survivors of the Shoah Visual History gGmbH: *Erinnern für Gegenwart und Zukunft*, Berlin 2000 (CD-ROM)

dass manch einer bei weiter Auslegung darunter auch die Opfer des nationalsozialistischen Krieges und der Nachkriegszeit, die Opfer von Flucht, Vertreibung und Verschleppung verstehen wird. Auch diese Opfer werden wir nicht vergessen. Aber ihrer erinnern wir uns seit langen Jahren am Volkstrauertag, und dabei soll es bleiben. Ich würde mir nur wünschen, dass auch dieser Gedenktag sich wieder mehr in unserem Bewusstsein verankern wollte und dass alle, die mir schreiben, ich solle auch für die Opfer von Vertreibung einen Gedenktag schaffen, zu den Veranstaltungen am Volkstrauertag gehen. Der 27. Januar soll dem Gedenken an die Opfer der Ideologie vom ›nordischen Herrenmenschen‹ und von den ›Untermenschen‹ und ihrem fehlenden Existenzrecht dienen. Die Wahl des Datums zeigt das unmissverständlich.«

Es haben sich bereits früher weitere Gedenktage mit Bezug auf die Geschichte des Nationalsozialismus etabliert (chronologisch nach dem Jahr des jeweiligen Gedenkanlasses): der »**Volkstrauertag**«,<sup>2</sup> der **9. November**,<sup>3</sup> der **1. September**,<sup>4</sup> der **20. Juli**,<sup>5</sup> der **8. Mai**,<sup>6</sup> **lokale Gedenktage** aus verschiedenen Anlässen wie besonderen Kriegsgeschehnissen oder zur Erinnerung an die Befreiung von Konzentrationslagern vor Ort.

Die Vielfalt dieser Gedenkanlässe mit unterschiedlicher Gewichtung spiegeln die Komplexität der kollektiven Erinnerung an die Geschichte des Nationalsozialismus, des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs wieder.

Einen eindeutigen Bezug zur Geschichte des Holocaust und der nationalsozialistischen Judenverfolgung haben davon der **27. Januar** und der **9. November**. Der Zentralrat der Sinti und Roma setzt sich für einen weiteren Gedenktag am **16. Dezember** ein.<sup>7</sup> Am 17. Dezember 1999 gedachte der deutsche Bundesrat in Bonn aus diesem Anlass mit einer Gedenkminute der Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma durch das Nazi-Regime. In Europa fiel dem Holocaust rund eine halbe Million Angehörige dieser Minderheit zum Opfer. »Die Erinnerung an die unmenschliche Verfolgung darf nicht verblassen«, erklärte der Präsident der Vertretung der 16 deutschen Bundesländer, Kurt Biedenkopf. Viel zu lange, so der sächsische Ministerpräsident, sei der Völkermord an Sinti und Roma nach dem Ende des Dritten Reiches verleugnet worden.

Außerdem gibt es eine Reihe **lokaler Gedenktage**, etwa aus Anlass des Jahrestages der **Deportation von Juden** im kommunalen Bereich oder der **Befreiung eines Konzentrationslagers** vor Ort. So nehmen alle Gedenkstätten den Tag der Befreiung zum Anlass für besondere Veranstaltungen. Hier erleben die Überlebenden und die Angehörigen der Ermordeten auch die heutige Anteilnahme an ihrer Trauer und der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und deren Opfer. Aber auch bundesweit wahrgenommene Gedenkanlässe haben - wie sich etwa am Beispiel des **9. November** zeigen lässt - ihre besondere Bedeutung auf lokaler und kommunaler Ebene erhalten.

---

<sup>2</sup> 1922 zum Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs eingeführt, 1934 von den Nazis in »Heldengedenktag« umbenannt; es gab Planungen der Nazis, diesen Tag in Erinnerung an die »Märtyrer« der eigenen Bewegung fest auf den 9. November zu legen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde der »Volkstrauertag« erstmals mit einer Feierstunde des Deutschen Bundestages im Jahre 1950 begangen. Das Datum richtet sich nach dem Kirchenjahr und ist daher im Kalenderjahr beweglich.

<sup>3</sup> 9. November 1938, Novemberpogrom / Pogromnacht / »Reichskristallnacht«

<sup>4</sup> 1. September 1939, Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen.

<sup>5</sup> 20. Juli 1944, gescheiterter Attentatsversuch auf Hitler.

<sup>6</sup> 8. Mai 1945, Ende des Zweiten Weltkriegs mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches.

<sup>7</sup> auf den 16. Dezember 1942 datiert Himmlers »Auschwitz-Erlass«, durch den die Deportation aller Sinti und Roma in Deutschland und Österreich in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verfügt worden war.

Waren es anfangs oft die überlebenden Verfolgten, die zu den Jahrestagen ihrer Toten gedachten, ist das Gedenken durch verschiedenste Veranstaltungsformen immer mehr in die Mitte der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt. Während Gedenkveranstaltungen der jüdischen Gemeinden zum Jahrestag des Novemberpogroms unter Beteiligung der örtlicher Politiker und Kirchenvertreter bereits eine lange Tradition haben, engagieren sich insbesondere seit 1978 und stärker seit 1988 an vielen Orten Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen, gesellschaftliche Gruppen und Verbände wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchengemeinden zum Teil mit eigenen Veranstaltungen. Häufig werden auch Überlebende und aus ihrer Heimat vertriebene Juden, die heute über die ganze Welt verstreut leben, eingeladen und in die lokalen Veranstaltungen mit einbezogen.

## Lokale Gedenkanklässe

---

Ein Beispiel aus **Bayern**: In der Gedenkstätte Dachau wird jährlich der Befreiung des Konzentrationslagers gedacht - der 54. Jahrestag wurde am **2. Mai** 1999 mit einem russisch-orthodoxen und einem ökumenischen Gottesdienst, einer Gedenkfeier des »Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden« in Bayern und einer Gedenkveranstaltung des »Comité International de Dachau« begangen. Ausrichter der Veranstaltung waren die »Lagergemeinschaft Dachau«, die KZ-Gedenkstätte und der »Förderverein für Internationale Jugendbegegnung«. Die »Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit« hat sich *sowohl an der Vorbereitung der Gedenkfeier als auch an der Einladung überlebender Häftlinge sowohl in Dachau als auch in Flossenbürg beteiligt*.

In **Hamburg** wird alljährlich am 20. April in der Gedenkstätte Bullenhusser Damm der jüdischen Kinder und ihrer Betreuer gedacht, die 1945 zur Vertuschung der an ihnen begangenen pseudo-medizinischen Experimente in dem dortigen früheren Schulgebäude ermordet wurden. Die Gedenkstätte wird während des ganzen Jahres von zahlreichen Schulklassen besucht.

Die Vielfalt der Träger und gewählten Zugänge bei lokalen Gedenkveranstaltungen illustriert das Beispiel **Niedersachsens**. Dort arbeiten die Bildungseinrichtungen der politischen Bildung bei der Ausgestaltung von Gedenkveranstaltungen *eng mit Geschichtswerkstätten und ähnlichen Organisationen zusammen, um thematische Veranstaltungsreihen anzubieten, die viele Interessierte auf unterschiedlicher Ebene ansprechen, z. B. Ausstellungen, Zeitzeugengespräche, Filmabende, Konzerte, Vorträge, Seminare und Studienfahrten*.

In **Rheinland-Pfalz** findet in der Gedenkstätte Ehemaliges SS-Sonderlager/KZ *Hinzert* jährlich am 3. Samstag im September eine internationale Gedenkfeier statt, die durch ihre vielfältige Trägerschaft zeigt, dass die Erinnerung an die Geschichte des Lagers Anliegen der Überlebenden ebenso wie der deutschen Gesellschaft ist. Sie wird *gemeinsam von der Bezirksregierung Trier, der Landeszentrale für politische Bildung, dem Conseil National de la Résistance in Luxemburg und dem französischen Generalkonsulat im Mainz veranstaltet*. In des Programm werden seit jüngsten auch Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Frankreich einbezogen.

## 9. November

---

Auf lokaler Ebene wie auf Länder- und Bundesebene entfalten sich eine Vielzahl von Aktivitäten zum Jahrestag des Novemberpogroms (dies insbesondere zum 50. Jahrestag im Jahre 1988, aus diesem Anlass auch erstmals in größerer Breite in der ehemaligen DDR).

Als charakteristisch für den bundesrepublikanischen Umgang mit diesem Datum dürfte sein, dass sich neben offiziellen Gedenkveranstaltungen der jüdischen Gemeinden, des Bundestags, der Länderparlamente und Landesregierungen, ein zunehmend breiter Kreis von Veranstaltern entwickelt hat, zu dem die christlichen Kirchen ebenso gehören wie andere gesellschaftliche oder politische Verbände und Organisationen. Lokale historische Untersuchungen, die z.T. von den jeweiligen kommunalen Verwaltungen, Parlamenten

und Einrichtungen der Bildungsarbeit mitinitiiert, finanziert und unterstützt wurden, haben zu einer Vielzahl von Ausstellungen und Publikationen geführt, die das Verfolgungsgeschehen und die jüdische Geschichte vor Ort - oft in der Konzentration auf die Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung - zum Gegenstand haben.

Seit etwa Mitte der neunziger Jahre hat sich in vielen Städten die - oft Stunden oder sogar Tage (etwa in **Berlin** und **Hamburg**) andauernde - öffentliche Verlesung der Namen deportierter und ermordeter Juden als Gedenkform etabliert, in der zugleich die Individualität der Opfer und das zahlenmäßige Ausmaß des Mordgeschehens herausgehoben werden, um die unfassbare Dimension des Geschehens zu dokumentieren. Daran sind häufig auch Schülergruppen beteiligt. Diese an der in Israel entwickelten Tradition anknüpfende Gedenkform für den dortigen *Yom haSchoah* wurde nunmehr vielfach auf den 27. Januar verlegt.

Das Kultusministerium von **Mecklenburg-Vorpommern** weist darauf hin, dass *die Erinnerung an den 9. November 1938 in der DDR zuerst von den evangelischen Kirchen gepflegt worden ist*. Im November 1988, also noch ein Jahr vor der Wende, wurde aus Anlass des 50. Jahrestages des Pogroms erstmals von den Sektionen Geschichtswissenschaft und Theologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ein Kolloquium zur Geschichte dieses Geschehens und zur Geschichte der Juden in Pommern durchgeführt.

In **Niedersachsen** führt die *DGB-Jugend in Wilhelmshaven seit etwa 25 Jahren auf dem Platz der ehemaligen Synagoge jährlich am 9. November eine Mahnwache durch*.

Für das Engagement deutscher Hochschulen zum 9. November mag das Engagement der Gerhard Mercator Universität/Gesamthochschule Duisburg in **Nordrhein-Westfalen** als exemplarisch gelten: insbesondere der Studiengang »Jüdische Studien« hat Erinnerungstage durchgeführt, *die einen wissenschaftlichen Charakter haben und weniger Gedenktage im gewöhnlichen Sinne sind*«. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hochschule nehmen außerdem an öffentlichen Veranstaltungen zum 9. November in der Stadt Duisburg und in anderen Städten teil. Das Steinheim-Institut der Universität hat schließlich 1999 ein *Gedenkbuch der 280 im November 1938 zerstörten Synagogen im Gebiet des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen* vorgelegt. Dass sich die Universitäten inzwischen auch mit der eigenen Unrechtsgeschichte während des Nationalsozialismus auseinandersetzen, belegt das Beispiel der Bonner Universität, deren Senat in einer Feierstunde am 10. November 1998 *alle Personen, denen während der Zeit des NS-Regimes aus politischen Gründen ein akademischer Grad entzogen, sowie alle Studierenden, die aus politischen Gründen in dieser Zeit relegiert worden waren, öffentlich rehabilitiert und die damaligen Rechtsakte für nichtig erklärt hat*.

In Lübeck (**Schleswig-Holstein**) finden seit einigen Jahren um den 9. November herum Veranstaltungen unter dem Titel »*Zeit des Erinnerns*« statt. 1998 veranstaltete die Hansestadt gemeinsam mit der Hamburger *Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach/über Auschwitz«* aus Anlass des 60. Jahrestages unter Schirmherrschaft des damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, eine internationale wissenschaftliche Tagung mit über sechzig renommierten Referenten und etwa 520 Teilnehmern. Als Novum mag gelten, dass darunter etwa 150 Schülerinnen und Schüler waren, die an den Vorträgen und Diskussionen teilnahmen.

---

## 27. Januar

---

Gemeinsam ist den Aktivitäten, die das Bild des 27. Januar prägen, dass sie überaus vielfältig sind. Auch hier findet sich ein Beleg dafür, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland mit Bezug auf die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust eine komplexe Erinnerungskultur im gesellschaftlichen Raum herausgebildet hat, die mit dieser Vielfalt auch auf die Komplexität der Geschichte selbst reagiert.

In allen Ländern der Bundesrepublik gibt es - getragen vom Land, den Kommunen, Religionsgemeinschaften, Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Schulen - zahlreiche Veranstaltungsreihen und Einzelveranstaltungen, darunter traditionelle Gedenkveranstal-

tungen, Zeitzeugengespräche, Lesungen und Projektarbeiten. Dabei werden gezielt Jugendliche mit einbezogen und vielfach Fragen der Vermittlung der Geschichte des Holocaust an die Nachgeborenen thematisiert.

Viele Länderparlamente, etwa die Bürgerschaften von **Bremen** und **Hamburg** und die Landtage von **Rheinland-Pfalz** und im **Saarland**, richten öffentliche Gedenk- und Vortragsveranstaltungen mit Gastredner aus.

In **Hamburg** fand bereits zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1995 eine internationale Tagung unter Schirmherrschaft des damaligen Präsidenten des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Ignatz Bubis, statt, der sich damals für die Einrichtung eines Gedenktages stark machte.

Als Beispiel für die kommunale Gestaltung des Gedenktages mag hier die Stadt Stade (**Niedersachsen**) dienen. Sie hatte zum 27. Januar 1999 einen Referenten eingeladen, der im Laufe des Tages mit zwei Gruppen von je 350 Schülerinnen und Schülern über Formen des Gedenkens diskutierte, eine Lehrerfortbildung zum »*Thema Holocaust in den Neuen Medien*« und ein Impulsreferat für eine abendliche Diskussionsveranstaltung bestritten hat.

In **Rheinland-Pfalz** führt die Landeszentrale für politische Bildung seit 1997 am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus jeweils eine zentrale Veranstaltung durch: *1997 wurde im Landesmuseum in Mainz die Ausstellung »50 Jahre Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz« eröffnet, verschiedene lokale und regionale Vereine und Initiativen haben ihre Arbeit vorgestellt. 1998 begab sich der Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung ins NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen. 1999 fand ein Gespräch mit der Zeitzeugin Inge Deutschkron und die Aufführung des Theaterstücks »Ab heute heißt du Sara...« durch eine Schülergruppe statt.* Anschließend diskutierten Schülerinnen und Schüler mit Mitgliedern des Landtags. Durch die Formenvielfalt und ihren Wechsel versucht man, einer Ritualisierung zu entgehen, bei der das Beharren auf der Form den Inhalt in den Hintergrund drängt.

Für die Vielzahl der offiziellen Gedenkveranstaltungen mit Repräsentanten der Landesregierungen und Länderparlamente sei die Gedenkstunde am 27. Januar 1998 in der *Gedenkstätte Buchenwald* in **Thüringen** angeführt. Die Veranstaltung wurde mit Ansprachen des Landtagspräsidenten, des Vorsitzenden der jüdischen Landesgemeinde und des Ministerpräsidenten begangen, die von einem musikalischen Rahmenprogramm, das von Schülerinnen des *Musikgymnasiums Belvedere* gestaltet wurde, begleitet wurden. Nach Abschluss der Gedenkstunde erfolgte eine Kranzniederlegung.

Die Kultusministerien der Länder haben eine Reihe von Initiativen ergriffen, um Hilfen für die Unterrichtspraxis zu erstellen und zu verbreiten, um die Verankerung des 27. Januar als »Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus« zu unterstützen. Durch die Landeszentralen für politische Bildung und die Einrichtungen der Lehrerfortbildung wurden vielfach eigene Materialien konzipiert, die Anregungen für die schulische Gestaltung des Gedenktages geben. Immer sind diese Unterrichtshilfen in die langfristigeren Bemühungen dieser Einrichtungen eingebettet. Ein Problem ist weniger, geeignete Unterrichtsmaterialien und Anregungen zu finden, als viel mehr, einen Überblick über die Vielzahl der Angebote, die sich an unterschiedliche Jahrgangsstufen richten, zu gewinnen.

In **Baden-Württemberg** wurde beispielsweise eine Lehrerhandreichung *mit Unterrichtsmaterialien für alle Fächer entwickelt, die den Schulen Anregungen geben sollen, sich nachhaltig mit dem nationalsozialistischen Völkermord auseinander zusetzen und den Gedenktag zu gestalten. Das Heft wurde an alle Schulen erstmals 1997 verteilt.* Auch die lokalen Schulämter haben *Material für den Unterricht in Heimat- und Sachkunde, Geschichte und Gemeinschaftskunde erarbeitet.* Die Mehrzahl dieser Materialien ist zwischenzeitlich vergriffen, was von dem großen Interesse der Schulen zeugt.

Auch das Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung in Berlin **entwickelte eine Reihe von Vorschlägen zur Unterrichtsgestaltung, die Gedenkstättenbesu-**

*che, Zeitzeugengespräche und die Auseinandersetzung mit gegenwärtigem jüdischen Leben einschließen.*

In **Hamburg** unterstützt die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung den zum 27. Januar 1998 auf Initiative eines Lehrers ins Leben gerufenen »Bertini-Preis«, der erstmals am 27. Januar 1999 vergeben wurde. Er soll *die Jugendlichen ermutigen, sich gegen das Vergessen zu engagieren, sich für ein gleichberechtigtes Miteinander der Menschen einzusetzen und gegen Unrecht, Ausgrenzung oder Gewalt einzutreten.*

Auf vielfältigste Weise beteiligen sich Schulen an der Gestaltung des Gedenktags. Ganz zu recht weist das Kultusministerium des Freistaats **Bayern** darauf hin, dass sich viele Formen des Gedenkens einer reproduzierbaren Darstellung entziehen. Generell lässt sich feststellen, dass die Gedenktage *in eine intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Rassismus und dem Terror der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eingebettet sind. Sie können Anlass oder Ausgangspunkt für längerfristige Projekte an einzelnen Schulen sein*, wie die Hamburger Schulbehörde erklärt. Viele schulische Projekte, die sich an dem Gedenktag präsentieren, deuten auf eine lange, engagierte und intensive Vorbereitung der Lehrerinnen/Lehrern und Schülerinnen/Schülern hin.

In **Mecklenburg-Vorpommern** werden bei der Gestaltung von Erinnerungstagen *einerseits die in den Rahmenplänen geforderten oder möglichen Unterrichtsthemen ausdrücklich auf die entsprechenden Erinnerungstage zugeschnitten. Andererseits werden besonders auch unter dem Aspekt der Öffnung der Schulen die örtlichen Gegebenheiten im Umfeld der Schulen genutzt, um auch an Hand von Einzelschicksalen an die Problematik heran zu führen. Projekte, Besuche von Gedenkstätten, Feierstunden an Gedenktagen, eventuell die Namen von Schulen werden das ganze Jahr zum Anlass genommen, um Probleme des Holocaust den Schülerinnen und Schülern nahe zu bringen.*

Als bundesweit anzutreffende schulische Veranstaltungsformen haben sich ganz offensichtlich Gespräche mit Zeitzeugen, lokalgeschichtliche Projekte der Spurensuche, die Präsentation von Ausstellungen, die von Schülerinnen und Schüler im Unterricht (oder darüber hinaus) erarbeitet wurden, die Aufführung von Theaterstücken und die Beteiligung an örtlichen außerschulischen Gedenkveranstaltungen bewährt.

All diesen Aktivitäten liegt die Erkenntnis zugrunde, dass es nötig ist, sich um der Opfer und um unserer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft willen der Geschichte zu stellen.